

# Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgefertigten Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 70

Donnerstag, den 11. Juni

1925

## Garantiepakt und Entente-Antwort.

Die englisch-französische Antwort an Deutschland soll in den nächsten Tagen eintreffen. — Auch Amerika nennt die Forderungen in der Kontrollnote übertrieben. — Der Aufwertungsausschuss wird die Regierungsvorlagen durchberaten. — Frankreich sucht einen Vorwand für die weitere Befestigung der Kölner Zone. — In Marokko Offensive der Rifkabylen.

### Die Rheinlandzone Frankreichs Aufmarschgebiet.

Es besteht in diplomatischen Kreisen vorläufig das Bestreben, den Vorkauf der französischen und englischen Antwortnote auf den deutschen Vorschlag abzuwarten. Auch scheint die deutsche Regierung vorläufig geneigt zu sein, bis zum Eintreffen einer offiziellen Antwort an ihrem Vorschlag festzuhalten. Dagegen läßt man wieder in diplomatischen noch in parlamentarischen Kreisen, und zwar ohne Unterschied der Partei, irgendetwas Zweifel darüber, daß alle Verhandlungen über einen Sicherheitspakt endgültig gescheitert seien, falls in der französischen und englischen Antwort die Anerkennung einer Vereinbarung gefordert werden sollte, die Frankreich die entmilitarisierte Rheinlandzone als Operationsbasis, natürlich mit der Absicht des eventuellen Durchmarsches durch Deutschland überläßt. Ebenso wird in allen diplomatischen und parlamentarischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Anerkennung der Gegenseitigkeit in den Vereinbarungen, wie sie Hobas wiederholt, nur formal, aber nicht praktisch enthalten ist. Es besteht also, falls sich der Inhalt der Hobasnote befähigen sollte, die Möglichkeit, daß schon können ganz kurzer Frist alle Verhandlungen über den Sicherheitspakt erledigt sind und Deutschland auf entsprechende Noten Frankreichs und Englands mit einem glatten Nein antworten muß.

### Wie deutsches Geld vergeudet wird.

Das Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die Eingänge und Zahlungen Deutschlands auf Grund des Dawes-Paktes bis zum 31. Mai 1925. Aus dieser Uebersicht ist zu ersehen, daß bis zu diesem Tage 740 125 000 Goldmark eingelaufen sind, von denen Frankreich der Romanenteil von 505 1/2 Millionen erhalten hat. Im Großbritanien wurden 158 1/2, an Italien 48,7, an Belgien 72 und an Südslawien 32 Millionen überwiesen. — Für Aufwendungen der verschiedenen Kommissionen, wie Hepto, die Rheinlandkommission, Militär- und Marine-Kontrollkommission sind nicht weniger als 18 1/2 Millionen Goldmark innerhalb von fünf Monaten vergeudet worden und ferner 2 1/2 Millionen für Bewohnungsstellen des Büros. Diese schamlose Ausbeutung des deutschen Volkes wird von der ganzen Welt ruhigen Mutes geduldet.

### Ein Vorwand für die Verlängerung der Rüstbefestigung.

New York, 6. Juni. Der Leitartikel in der New Yorker Wochenschrift „The new republic“ beurteilt scharf Frankreichs Haltung in der Sicherheitsfrage. Dem französischen Verlangen des Durchmarsches durch die neutrale Zone zu einer etwaigen Unterdrückung Polens oder der Schweiz kann, so sagt die Wochenschrift, keine deutsche Regierung zustimmen. Das Verlangen stelle einen erneuten Ausdruck der französischen Absicht dar, den ganzen Kontinent zu beherrschen. Es sei die Annahme berechtigt, daß dieses unmögliche Verlangen absichtlich gestellt werde, um Deutschland zu einer Ablehnung in solcher Form zu veranlassen, daß daraus der Vorwand für eine Verlängerung der Befestigung der Kölner Zone über das vereinbarte Räumungsdatum im August hergeleitet werden könne. Wenn man Deutschland die Möglichkeit verbände, eine Aenderung der Offensiven im Verhandlungswege anzustreben, so mache man einen künftigen Krieg unvermeidlich. Wenn man eine solche Regelung unter die Väterbundsgarantie stelle, so werde der Väterbund lediglich ein Instrument für die Streckung Deutschlands im Interesse der französischen Beherrschung Europas.

### Garantiepakt und Entente-Antwort.

Wie verlautet, dürfte die englisch-französische Antwort auf das deutsche Memorandum über einen Garantiepakt in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen. Man darf annehmen, daß ab dem nächsten Kabinett und Reichstag dazu überlegen werden, die dadurch gekennzeichnete außenpolitische Lage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Zu der von der Hobas-Agentur verbreiteten Mitteilung über die englisch-französische Einigung wird von unterrichteter

Seite mitgeteilt, daß in der Antwort wohl kaum ein Passus enthalten sein wird, der etwa den Franzosen ein Durchmarschrecht durch Deutschland im Falle eines nicht von Deutschland ausgehenden Angriffs einräumt. Hier scheint es sich um eine verkehrte und mißverständliche Ausdrucksweise des „Hobas“-Vertrages gehandelt zu haben, der überhaupt jede außenpolitische Rücksichtnahme auch auf die eigenen Auftraggeber vernichten ließ. Interessant ist es, daß in den Vereinbarungen, die zwischen London und Paris getroffen worden sind, Italien vollkommen ausgeschlossen ist. Diese Ausschaltung steht im Widerspruch zu den Mitteilungen, die in den letzten Tagen aus Italien gekommen sind. Man glaubt annehmen zu können, daß Mussolini zunächst gewigt gewesen ist, sich dem Garantiepakt anzuschließen, daß aber sein Verlangen, bei dieser Gelegenheit die Brennergrenze ebenfalls in den Garantiepakt einzubeziehen, selbstverständlich nicht verwirklicht werden konnte, und daß es damit zu erklären ist, wenn Italien sich nunmehr von einer Beteiligung an dem Garantiepakt zurückgezogen hat.

### Amerika zur Kontrollnote, die Forderungen stark übertrieben.

Nach den in London vorkommenden Meldungen hält man in Amerika die Forderungen der Entwaffnungsnote, obwohl sie innerhalb des Versailles Vertrages zu liegen scheinen, für so stark übertrieben, daß die Hauptwirkung der Note darin bestehen werde, daß die Lösung der europäischen Probleme auf eine beträchtliche Zeit hinausgeschoben werde. Allgemein sei man geneigt, Frankreich hierfür verantwortlich zu machen.

### Der Marineetat in zweiter Lesung angenommen.

Der Reichstag trat gestern (Dienstag) zu seiner ersten Sitzung nach den Pfingstferien zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es ein längeres, ziemlich erregtes Wortspiel. Der völkische Wg. Hemming beantragt Aufhebung des Marine-Etats, der auf der Tagesordnung steht, und sofortige Herbeiführung der Reichsregierung, die sich zur Entwaffnungsnote äußern solle. Diese Note sei eine Verleumdung des deutschen Volkes, auf die sofort erwidert werden müsse. Es folgte die zweite Lesung des Marine-Etats. Die geforderten Neubauten — ein kleiner Kreuzer und fünf große Torpedoboote — werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt, ebenso das Gehalt des Ministers. Das kommunistische Mißtrauensvotum wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Damit war der Marineetat erledigt.

### Preussischer Landtag.

Der Preussische Landtag nahm gestern (Dienstag) seine Arbeit wieder auf. Nach einer Trauerkundgebung zum Grubenunglück in Dorffeld und Ablehnung der üblichen kommunistischen Anträge, die Tagesordnung umzuändern — u. a. forderte Herr Pfiel unter allgemeiner Heiterkeit die sofortige Einsetzung eines permanenten Ausschusses zur „Bekämpfung der monarchistischen Gefahr“ — verabschiedete das Haus der Notet in zweiter und dritter Lesung im wesentlichen nach dem Beschluß des Hauptausschusses. In der Annesiefrage wurde Rückverweisung der vom Reichsausschuss abgelehnten sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge an den Ausschuss beschlossen. Zu einer größeren Aussprache kam es bei Punkt 3 der Tagesordnung: Antrag des Unterrichtsausschusses, das Staatsministerium zu ersuchen, sich auf dem Gebiet des Schulwesens sich der Schutz der Minderheiten im Sinne des Erlasses vom 31. Dezember 1918 auch weiterhin, und zwar in vollster Loyalität angelegen sein zu lassen.

### Eine treffliche Antwort.

Weimar, 9. Juni. Die Thüringische Regierung gab auf eine kleine Anfrage der Kommunisten wegen des Verbots der Kundgebung für die französischen Fußballspieler folgende Antwort: „Die Thüringische Regierung geht von dem Grundatz aus, daß im Verkehr mit französischen Sportlern, wie überhaupt mit französischen Vereinigungen solange Zurückhaltung aufzuerlegen ist, als unter Wahrung bestehender Verträge Frankreich widerrechtlich weite Gebiete Deutschlands besetzt hält. Die in diesem Verhalten liegende Mißachtung kommt auch bei anderen Gelegenheiten stark zum Ausdruck. So sind bisher die Ausschließungsbestimmungen der deutscher Schirmer vom nächsten internationalen Schirmerkongress 1926 in Rom noch nicht geändert.“

### Entscheidung über die Aufwertung.

Der Reichstag hat gestern (Dienstag) die Plenarberatungen wieder aufgenommen, um zunächst den Etat zu erledigen. Gleichzeitig werden der Aufwertungsausschuss

und der Steuerauschuß des Reichstages die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe durchberaten. Man rechnet damit, daß der Gesetzentwurf über die Aufwertung in etwa acht Tagen im Plenum in zweiter und dritter Lesung behandelt werden kann, wobei auf Grund der Einigkeit zwischen den hinter der Regierung stehenden Fraktionen die Annahme des Gesetzes mit dem in der letzten Zeit vom Aufwertungsausschuß beschlossenen Kompromiß gesichert ist. Die Regierung legt den größten Wert darauf, daß der Reichstag außerdem noch im Laufe des Juni sämtliche Steuer Gesetze, möglichst einschließlich des Gesetzes über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, erledigt. Vorläufig hat zwar der Steuerauschuß des Reichstages noch nicht einmal die Beratungen über das Einkommensteuergesetz beendet. Es stehen vor allem noch das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern und das sogenannte Wertungsgesetz zur Beratung. Ohne die beiden Gesetze kann die Regierung einen Ausgleich im Etat nicht aufrechterhalten. Der Kanzler hat dann weiter in einer Besprechung mit den Führern der Regierungsfaktionen, ohne daß wesentlicher Widerspruch sich erhob, darauf hingewiesen, daß die Regierung auch noch vor der Reichstagsferien eine Beratung der Zollvorlage wünscht, weil in der Handelsvertragsverhandlungen noch die Sätze der Zollvorlage gebraucht würden. Wenn die Zollvorlage noch vom Reichstage beraten wird, ist mit dem Beginn der Sommerferien frühestens am 18. Juli zu rechnen.

### Painleve fliegt nach Marokko.

Paris, 9. Juni. Der Ministerpräsident Painleve wird heute nachmittag nach Loulouise abfahren, um sich von dort im Flugzeug nach Marokko zu begeben. Der Ministerpräsident wird vier Tage in Marokko bleiben und am nächsten Montag, frühestens Dienstag, wieder in Paris eintreffen. Painleve erklärte auf Anfrage: „Ich wünsche mit Marshal Blauye über die Situation zu sprechen; und mich selbst darüber zu informieren, auf welche Weise wir zu einem raschen Ende kommen können.“

### Neue Aera im fernen Osten.

London, 9. Juni. Die Blätter berichten weiter eingehend über die erste Lage in China. „Times“ melden aus Schanghai, die Anzeichen mehrten sich, daß die Unruhen weitere Provingen in Mitleidenschaft ziehen. Daily Telegraph berichtet aus Tokio, daß maßgebenden Berichten zufolge China von Canton bis Peking und von Szechuan bis zur Mündung des Jantsekiang in Gärung sei. Eine Meldung der „Associated Press“, wonach Kiangland demnächst beabsichtige, sich die Kontrolle Chinas zu sichern habe zu wichtigen privaten Konferenzen an hoher japanischer Stelle geführt. Nach der in der japanischen Hauptstadt vertretenen Ansicht könne keinen Augenblick gezweifelt werden, daß ein Abkommen besteht, unter dem die Hauptinteressen Tokios, Moskaus und Pekingens nach einer unvermeidlichen Periode des Chaos, bei der Japan der größte unmittelbare Verlierer sein werde, sichergestellt werden. Von hoher Seite verlautet, daß die Entwicklung in den nächsten sechs Monaten den Beginn einer vollkommen neuen Aera im fernen Osten bedeuten werde.

### Kanton in der Hand der Aufständischen.

New York, 8. Juni. Die radikale Strömung erhält einen neuen Antrieb durch den Erfolg der Nominierung in Kanton; die Stadt befindet sich vollständig in der Gewalt der Generale, die die Partei unterstützen. Man erwartet jedoch ernichte Vorstöße der Jünantruppen gegen die Stadt. Die Meldungen aus dem Inneren Chinas sind nach wie vor sehr dürftig, lassen aber erkennen, daß es auch dort zu umfangreichen Demonstrationen und Streikbewegungen gekommen ist, namentlich im Bergwerksdistrikt von Szechuan und Kiangsu. Hier wurden die Geschäftshäuser der „Atlantic“ Petroleumgesellschaft und die Niederlagen der Firma Gardiens-Mathison zerstört. In allen Bezirken hat die Bewegung dem Charakter einer ausgeprägten fremdenfeindlichen Demonstration. Die im Inneren des Landes sich aufhaltenden Kaufleute und Missionare sind dringend zurückgerufen worden.

### Der Matajats in Oesterreich.

Die französische Regierung hat den österreichischen Gesandten v. Eichhof, der seinen Pariser Posten verläßt, zum Großhändler der Ehrenlegion ernannt, wie es in der halbamtlichen Mitteilung heißt, als Beweis für die Anerkennung seiner Bemühungen um die Annäherung zwischen Frankreich und Oesterreich. — Wer die Rolle kennt, die der österreichische Gesandte in Paris spielt, und sich beispielsweise daran erinnert, in wie geradezu demütigender Weise dieser Gesandte seinerzeit die Abgeord-